



99/2014

Kiel, 24. September 2014

Flüchtlinge: Beauftragter begrüßt schnelle Einigung

Kiel (SHL) - Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Stefan Schmidt begrüßt die schnelle Einigung zwischen Schleswig-Holstein und dem Bundesverteidigungsministerium, einen Teil der Boostedter Rantzau-Kaserne für die Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen.

„Diese Einigung nimmt ‚Druck aus dem Kessel‘, um die unwürdige Unterbringung in Zelten zu vermeiden. Die gefundene Einigung darf aber nicht dazu führen, dass Flüchtlinge dauerhaft in Unterkünften von mehreren 100 Personen untergebracht bleiben“, sagte Schmidt heute in Kiel.

Der Flüchtlingsbeauftragte, der sich entschieden für die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen ausspricht, hält es angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen derzeit aber für vertretbar, dass einreisende Schutzsuchende vorübergehend in einer Erstaufnahmeeinrichtung leben, um dann aber möglichst schnell in die Kommunen weiter verteilt zu werden. „Wenn derzeit die Kapazität in Neumünster nicht ausreicht, muss es eine Ausweichmöglichkeit geben“, so Schmidt.

Die Rantzau-Kaserne in Boostedt sei jedoch nicht seine erste Wahl. „Ich hätte mir gewünscht, dass in Kiel entsprechende Gebäude zur Verfügung stehen, damit dort die Außenstelle der Erstaufnahmeeinrichtung des Landesamtes eingerichtet wird.“ Kiel halte für die einreisenden Flüchtlinge eine wesentlich bessere Infrastruktur vor als das verhältnismäßig kleine Boostedt.

„Vor dem Hintergrund, dass viele der aufzunehmenden Flüchtlinge aufgrund der Situation in den Herkunftsländern mittelfristig oder auf Dauer in Deutschland leben werden, ist der frühzeitige Zugang zu Integrationsangeboten unbedingt erforderlich“, sagte der Beauftragte. Schließlich müsse das Land ein Interesse daran haben, dass die aufgenommenen Menschen schnell Sprachkurse erhalten und ihre mitgebrachten schulischen und beruflichen Qualifikationen anerkannt werden. So könnten sie am Erwerbsleben teilnehmen. „Mein Appell richtet sich an das Innenministerium, eine entsprechende Willkommensstruktur für die Flüchtlinge gemeinsam den Kommunen im Land zu etablieren“, sagte Schmidt.